

Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden

GOLI OTOK



LEGENDA

- STAMBENE I DRUGE ZGRADE OSUDENIH
- PRIVREDNI OBJEKTI
- OSTALI OBJEKTI
- ZDRAVSTVENI CENTAR
- SPORTSKI OBJEKTI
- CENTAR ZA OBRABU

Karte der ehemaligen Gefängnis-
insel Goli otok in Kroatien



Ehemaliges

Jugoslawien

Im April 1941 griff die deutsche Wehrmacht das Königreich Jugoslawien an. In der Folge wurde das Land besetzt und Teile davon an das nationalsozialistische Deutsche Reich, an Mussolinis Italien sowie das von Italien okkupierte Albanien und an Bulgarien angeschlossen. Der Zweite Weltkrieg war in Jugoslawien ein vielschichtiger Krieg. Er tobte von 1941 bis 1945 sowohl zwischen den Besatzungsmächten und ihren lokalen Verbündeten als auch Widerstandsbewegungen und war gleichzeitig ein ideologischer Krieg zwischen Kommunisten und Antikommunisten, zwischen Faschisten und Antifaschisten und nicht zuletzt ein ethnischer Krieg. In Kroatien kam eine faschistische Regierung an die Macht, welche die Rassegesetze übernahm und gewaltsam gegen Serben, Juden, Roma sowie Kommunisten vorging. Gegen die Besetzung des Landes bildeten sich diverse Widerstandsbewegungen, die vor allem aus kommunistisch dominierten Partisaneneinheiten sowie königstreuen Tschetnikverbänden bestanden. Die Vereinigungen kämpften nicht nur gegen die Besatzer und Kollaborateure, sondern auch gegeneinander, wobei die kommunistische Volksbefreiungsarmee letztlich die Oberhand gewann. Die Kämpfe wurden zudem zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ausgetragen. Der Krieg wurde von allen Seiten mit erbitterter Härte und unter großen Verlusten für die Zivilbevölkerung geführt. Die Partisanen und ihre Rolle wurden im sozialistischen Nachkriegsjugoslawien mythologisiert und stellten einen wichtigen Teil des Selbstverständnisses des Landes dar.

Bei Kriegsende übernahmen die von Tito geführten Kommunisten die Macht. Der Sieg im sogenannten Volksbefreiungskampf sollte die Machtübernahme und angestrebte Revolution legitimieren. Treibende Kraft dieses Krieges unter dem Oberkommando des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei (KP) und zum Marschall ernannten Anführers Josip Broz, genannt Tito, war die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie in ihrer stalinistischen Ausprägung. Das erklärte Ziel der revolutionären Kader der KP bestand in der Abrechnung mit dem in ihren Augen überlebten Kapitalismus und allen ihn stützenden Kräften und dem Aufbau des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats, genauer durch die Diktatur seiner mit dem »richtigen Bewusstsein« ausgestatteten Avantgarde. Die Revolution sollte aus dem Sieg im Krieg hervorgehen. Wie radikal dabei vorgegangen wurde, lässt sich an der Zahl der am Ende des Krieges Getöteten ersehen. Selbst konservativste Schätzungen geben die Zahl der von Titos Partisanen im Abrechnungsfuror im Frühjahr 1945 Ermordeten mit 70 000 an. Quellenbasierte Schätzungen gehen heute davon aus, dass die kommunistische Vergeltung während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach mindestens 80 000 Tote forderte.

Die kommunistischen Partisanen und die Geheimpolizei liquidierten systematisch tatsächliche und vermeintliche Kollaborateure sowie Angehörige der politischen, kulturellen und religiösen Eliten und Tausende Zivilisten, die als Sympathisanten oder Angehörige von »Feinden« angesehen wurden. Trotz des Terrors und der zahllosen Verbrechen, mit denen die kommunistische Macht in Jugoslawien installiert wurde, galt und gilt der jugoslawische Kommunismus bis heute als vergleichsweise moderat. Dies war Folge der besonderen Stellung des sozialistischen Jugoslawien unter Tito zwischen den Blöcken während des Kalten Krieges sowie der tatsächlich erfolgten Liberalisierung und Dezentralisierung in den 1960er und 1970er Jahren. Die Zahlen der Opfer in den Jahren nach 1945 und das Ausmaß der Repression in Jugoslawien sprechen jedoch eine andere Sprache. Die Vertreibung, Enteignung, Internierung und Ermordung von Donauschwaben, ungarischen und italienischen Minderheiten und die von der Volksbefreiungsarmee nach Kriegsende begangenen Verbrechen wie die massenhaften Hinrichtungen von »Volksfeinden« wurden nach 1945 kaum thematisiert. Erst mit dem Systemwandel begann im Land die Auseinandersetzung damit, dabei spielten diese Verbrechen mit der sich verstärkenden Krise nach Titos Tod in

verschiedenen nationalen bzw. nationalistischen Diskursen eine wichtige Rolle. Die meisten Opfer wurden 1945 in Massengräbern verscharrt, in Felsspalten, Karsthöhlen und aufgelassene Schächte geworfen oder eingemauert; diese Stätten sind bis heute nicht vollständig lokalisiert.

Am 29. November 1943 beschloss ein Partisanenparlament im bosnischen Ort Jajce die Gründung eines »Demokratischen Föderativen Jugoslawien«, welches aus den Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien–Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien bestand. Als Gründungsmythos des neuen Jugoslawien, der zugleich die verschiedenen ethnischen Gruppen unter der Parole »Brüderlichkeit und Einheit« der jugoslawischen Völker einigen sollte, galt der antifaschistische Widerstandskampf unter kommunistischer Führung im »Volksbefreiungskampf«.

Nach dem Bruch Titos mit Stalin im März 1948 wurde die Verfolgung auf tatsächliche und vermeintliche Anhänger Stalins ausgedehnt. Tausende von ihnen wurden auf der so gut wie vegetationslosen Gefängnisinsel Goli otok in der nördlichen Adria unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Zu den Gegnern der jugoslawischen Kommunisten zählte man sowohl die demokratische Opposition als auch Vertreter der Kirchen, Gläubige, Besitzer von Land und Industriebetrieben, Intellektuelle und Angehörige der politischen Elite der Vorkriegszeit. Ebenso wurden jene verfolgt, die als Nationalisten und Feinde der »Brüderlichkeit und Einheit« der jugoslawischen Völker galten. Unter der Anklage, Kominform–Anhänger bzw. Faschist oder Nationalist zu sein, konnte die Geheimpolizei jeden zum Verdächtigen erklären und verhaften. Zudem wurde – obwohl in der Verfassung die Religionsfreiheit festgeschrieben war – insbesondere in den ersten Jahren nach der Machteroberung ein brutaler Kampf gegen die Kirchen geführt. Kirchengüter wurden enteignet, Schulen in staatliche Einrichtungen umgewandelt. Priester wurden verhaftet und schikaniert, manche ermordet. Spitzel der Geheimpolizei unterwanderten und kontrollierten bestehende Religionsgemeinschaften und die Priesterschaft. Zwar hatten auch 118 katholische Priester aktiv die »Volksbefreiungsarmee« unter der Führung der KP während des Krieges unterstützt und 43 katholische Priester ihr Leben als Mitglieder des antifaschistischen Widerstands verloren, an der generellen Einstellung der KP gegenüber Glauben und Kirche änderte dies nichts. Im günstigsten Fall wurde Religion zur Privatsache des Einzelnen erklärt, keinesfalls durfte die Autorität der Partei infrage gestellt werden. In den 1950er Jahren ebte der offene Terror ab. Die Repression gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner der kommunistischen Herrschaft ging jedoch weiter. Die jugoslawische Geheimpolizei überzog das Land mit einem dichten Spitzelnetz.

In den 1960er Jahren verbesserte sich die Versorgungslage und damit der Lebensstandard merklich – nicht zuletzt auch dadurch, dass Hunderttausende von Bürgern Jugoslawiens als sogenannte Gastarbeiter in den Westen gingen, um dort zu arbeiten. Trotz der repressiven Politik gegenüber nationalen Bestrebungen brachen immer wieder ethnische Konflikte auf, die wie zum Beispiel der »Kroatische Frühling« 1971 oder Proteste im Kosovo nach Titos Tod 1980 gewaltsam niedergeschlagen wurden. Nach Titos Tod, der das Land von 1945 bis 1980 beherrscht und auch zusammengehalten hatte, verschlechterte sich die Wirtschaftslage wiederum dramatisch und in den vergangenen Jahrzehnten unterdrückte ethnische Konflikte brachen zunehmend aus. In allen Teilrepubliken erstarkten nationalistische Kräfte, zuerst Mitte der 1980er Jahre in Serbien, wo Slobodan Milošević schließlich 1987 an die Macht kam. Während in den ersten freien Wahlen 1990 in Slowenien und Kroatien antikommunistische Parteien, die die staatliche Eigenständigkeit anstrebten, gewannen, setzte sich in Serbien Slobodan Milošević mit seinem nationalserbischen Sozialismus durch. Ein großer Teil der serbischen Minderheit in Kroatien erkannte unter dem Einfluss Serbiens die gewählte demokratische Regierung in Kroatien nicht an. Verhandlungen



zwischen den Führungen der verschiedenen jugoslawischen Republiken führten zu keiner Lösung. Nach Volksabstimmungen erklärten am 25. Juni 1991 Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit, wozu ihnen die jugoslawische Verfassung von 1974 die rechtliche Möglichkeit bot. Die von Milošević kontrollierte jugoslawische Volksarmee und paramilitärische Verbände versuchten, militärisch ein Groß-Serbien zu schaffen. In Slowenien dauerten die Kampfhandlungen nur kurz. In Kroatien jedoch kam es zum offenen und blutigen Krieg, ebenso und in noch größerem Ausmaß in Bosnien-Herzegowina, das im März 1992 seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Mit dem Abkommen von Dayton vom 21. November 1995 endete der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Eine komplizierte Regelung sieht vor, dass Bosnien-Herzegowina als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen bleibt, mit Sarajevo als seiner Hauptstadt. Zugleich besteht Bosnien-Herzegowina aus zwei Einheiten: der Republika Srpska mit 49 Prozent und der Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 51 Prozent des Territoriums. Zudem gibt es mit dem selbstverwalteten Bezirk Brčko ein Kondominium zwischen beiden Teilrepubliken, das jedoch der Bundesregierung untersteht.

Als das schlimmste Verbrechen nicht nur dieses Krieges, sondern der europäischen Nachkriegsgeschichte insgesamt gilt das Massaker im ostbosnischen Srebrenica, das trotz der Präsenz von niederländischen Blauhelmsoldaten nicht verhindert wurde. Serbische Milizen, paramilitärische Einheiten und Truppen der Armee der bosnischen Serben ermordeten unter der Führung von Ratko Mladić Tausende bosnische Jungen und Männer in der sogenannten UN-Schutzzone.



◀ Srebrenica-Potočari Denkmal
und Friedhof für die Opfer des
Massakers von 1995

Dieses Verbrechen wurde vom Internationalen Gerichtshof (IGH) als Völkermord eingestuft. Die Kriege in den 1990er Jahren auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien forderten mehr als 100 000 Tote und hinterließen in vielfacher Hinsicht ein Trümmerfeld. Diese Kämpfe prägten auch weitgehend die Vergangenheitsaufarbeitung. Die Wunden sind tief, zu nah die Erinnerung an die Opfer des Krieges insbesondere in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, aber auch in Serbien und dem Kosovo. In Slowenien und Kroatien wird seit dem Ende des Sozialismus zunehmend an die Verbrechen der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 erinnert, Massengräber werden lokalisiert und Gedenkinitiativen an Lagerstandorten gegründet. Die Zuwendung zu den kommunistischen Verbrechen der Nachkriegszeit führt teilweise zu einer Relativierung der Verbrechen, die während der NS-Besatzung sowie der Herrschaft des faschistischen Ustaša-Regimes in Kroatien an Juden, Serben, Kommunisten und anderen begangen wurden. Dies äußert sich beispielsweise auch darin, dass es in vielen ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten keine Denkmäler oder Gedenkstätten für die Opfer des kommunistischen Regimes gibt.

Literaturhinweise ehemaliges Jugoslawien:

Calic, Marie-Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2014. / Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 – 2011. Wien 2012.



Eingang zum
Gedenkpark
Teharje



LJUBLJANA
CELJE

 **Slowenien**

Nach der Besetzung des Königreichs Jugoslawien durch die Achsenmächte im April 1941 wurde der Vielvölkerstaat zerstückelt und auf dem Gebiet des heutigen Kroatien sowie in weiten Teilen Bosnien–Herzegowinas der Unabhängige Staat Kroatien (Nezavisna Država Hrvatska – NDH) errichtet. Dieser bestand als Verbündeter der Achsenmächte zwischen 1941 und 1945. Die Herrschaft übte die faschistische Ustaša–Bewegung aus, die mit der NS–Besatzungsmacht kollaborierte. Die ethnisch slowenischen Regionen des einstigen Königreichs Jugoslawien wurden im Zuge der faschistischen Besatzung unter Italien, Ungarn und dem Deutschen Reich aufgeteilt. NS–Deutschland annektierte den Nordteil (Oberkrain und Untersteiermark) des Landes. Mussolinis Italien besetzte die sogenannte Provinz Lubiana (Laibach/Ljubljana) sowie den Südtteil Sloweniens, während das im äußersten Nordosten gelegene Übermurgebiet von Ungarn annektiert wurde. 80 000 Slowenen wurden nach Deutschland, Bulgarien und Rumänien zur Zwangsarbeit deportiert.

Nach der Besetzung und Aufteilung des einstigen Königreichs Jugoslawien begann zuerst in Slowenien und später in allen besetzten Gebieten bewaffneter Widerstand. Dessen Anführer war die jugoslawische Volksbefreiungsarmee – Partisanen genannt –, welche der Leitung des Kommunisten Josip Broz Tito, des späteren Staats– und Parteichefs Jugoslawiens, unterstand. Im Landesinneren führten die Partisanen kriegerische Auseinandersetzungen sowohl mit den Besatzungsmächten als auch mit diversen einheimischen Kollaborationsverbänden. In Slowenien waren dies vor allem die Verbände der »Domobranzen« (Heimwehr–Soldaten). Diese Heimwehr (»Domobranstvo«) war nach der italienischen Kapitulation 1943 auf Befehl der NS–Besatzungsmacht gegründet worden und kämpfte im Landesinneren zusammen mit der Wehrmacht gegen die kommunistischen Partisanenverbände. Nach dem offiziellen Ende der Kriegshandlungen 1945 rechnete die Volksbefreiungsarmee mit ihren Kriegsgegnern ab. Tausende Angehörige dieser Truppenverbände flohen zusammen mit Einheiten der Wehrmacht und der Waffen–SS, aber auch zahllosen Zivilisten nach Kärnten in Österreich, wo sie sich in britischer Gefangenschaft sicher vor der Verfolgung durch die jugoslawischen Partisanen wähnten. Die britische Besatzungsmacht jedoch stimmte der Repatriierung der bei ihnen befindlichen Gefangenen zu und schickte sie zurück nach Slowenien, wo sie von Partisaneneinheiten in Empfang genommen und zwischen Ende Mai und Ende Juni 1945 durch die kommunistische Geheimpolizei OZNA (Odjeljenje za zaštitu naroda – Abteilung für Volksschutz) ohne Gerichtsurteil nach dem Grenzübertritt hingerichtet wurden. Wegen der gemeinsamen Grenze zu Österreich fanden die meisten dieser Massenerschießungen nach Kriegsende auf slowenischem Territorium statt. Viele der damaligen Massengräber und Erschießungsorte sind bis heute noch nicht lokalisiert. Die Suche nach ihnen und die öffentliche Diskussion über die Nachkriegsverbrechen war erst nach dem Tod Titos, in den 1980er Jahren und insbesondere in den 1990ern, möglich. Schätzungen zufolge handelt es sich um mehrere Hundert Gräber, in denen über 100 000 Opfer liegen. An den vermuteten Massengräbern errichteten Hinterbliebene schlichte Holzkreuze oder Tafeln, um an ihre ermordeten Angehörigen zu erinnern. Anfang August 1945 endeten zwar die Massenerschießungen, die Repression gegen die demokratische Opposition und alle Gegner des kommunistischen Regimes wurde jedoch fortgesetzt. Südlich der Hauptstadt Ljubljana wurde ein Gebiet um die Ortschaft Kočevje abgeriegelt, zu einem militärischen Sperrgebiet erklärt und neben militärischen Anlagen zu einem riesigen Lagerkomplex gemacht. Tausende Menschen wurden hier gefangen gehalten, zur Zwangsarbeit getrieben und ermordet. Den Inhaftierten enteignete man ihren gesamten Besitz und vertrieb die Familienangehörigen aus den Häusern. Auch der Kampf gegen die Kirche wurde fortgesetzt. Priester und Gläubige wurden angegriffen, so wie zum Beispiel 1952 Bischof Anton



◀ Massengrab Tausender durch kommunistische Partisaneneinheiten liquidierter Kriegsgefangener und Zivilisten im Barbarastollen

Vovk, den Jugendliche mit Benzin übergossen und anzündeten. Von den über 1000 Priestern Sloweniens wurde über die Hälfte verhaftet. Bei vier von neun zum Tode verurteilten Priestern vollstreckte man die Todesstrafe. Schauprozesse gegen katholische Geistliche verbreiteten Schrecken und Terror. Der Kampf gegen die Kirche verlief auch deshalb so erbittert, weil die kommunistische Macht in ihr einen ihrer stärksten Kontrahenten sah.

Der offene Terror ebte erst in den 1950er Jahren ab, wobei die Überwachung durch die Geheimpolizei und die Unterdrückung der demokratischen Opposition weiter auf der Tagesordnung blieben. In den 1970er und insbesondere den 1980er Jahren nach Titos Tod erstarkten nationale Unabhängigkeitsbestrebungen. Aus den ersten freien Wahlen 1990 gingen jene Kräfte als Sieger hervor, die mit einem antikommunistischen Programm für die nationale Unabhängigkeit eintraten. Kaum ein Jahr später, am 25. Juni 1991, erklärte sich Slowenien für unabhängig. In dem sich an die Unabhängigkeitserklärungen verschiedener ehemaliger jugoslawischer Teilstaaten anschließenden Krieg im vorherigen Jugoslawien war Slowenien nur für kurze Zeit Schauplatz von Kampfhandlungen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowohl bezüglich der Zeit der NS-Besatzung und der Kollaboration als auch der Nachkriegsverbrechen und des kommunistischen Regimes fand erst nach der Jahrtausendwende statt; viele einstige kommunistische Kader verblieben auf ihren Posten. Mitarbeiter in öffentlichen Einrichtungen und vor allem Inhaber politischer Ämter wurden nicht überprüft. Eine Ausnahme stellt die Überprüfung der Richter dar, die 1994 mit einer Neubewerbung aller Richter für ihre Positionen verbunden war. Die einstige kommunistische Geheimpolizei wurde nach 1990 in einem mehrjährigen Prozess strukturell umgewandelt. Dabei wurden die Befugnisse verändert, sodass der neue Sicherheitsdienst keine polizeilichen Berechtigungen mehr hat. Auch wurde den Mitarbeitern der Sicherheit das Recht entzogen, Waffen zu tragen. Die Reformierung der Behörde sollte zudem verhindern, dass Unterlagen vernichtet wurden. 2006 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Öffnung der Akten regelt. Diese sind nun zugänglich; Ausnahmen bilden jene Unterlagen, die sensible persönliche Daten enthalten.

Bis heute sorgen die Themen der Kriegs- und Nachkriegsverbrechen für kontroverse Debatten und zeigen das Potenzial unbewältigter Konflikte – selbst wenn sie über 70 Jahre zurückliegen. Die Konfliktlinien verlaufen zwischen der Bewertung und dem Umgang mit der Kollaboration und den Verbrechen während der nationalsozialistischen Besetzung auf der einen Seite und der Bewertung der Massenmorde durch die kommunistischen Partisanen und die Geheimpolizei nach Kriegsende auf der anderen Seite. Bei öffentlichen Diskussionen spielen vor allem die ersten Wochen nach Kriegsende und die dort von kommunistischen Verbänden begangenen Verbrechen und Massenmorde eine Rolle; die spätere Zeit im kommunistischen Jugoslawien tritt meist in den Hintergrund.

An verschiedenen Orten sind in den vergangenen Jahren Denkmäler für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen oder von kommunistischen Partisanen ermordeten Domobranzen errichtet worden. Teilweise wurden diese wie beispielsweise in Grahovo im südlichen Slowenien in direkter Nachbarschaft zu Denkmälern für die Opfer des Nationalsozialismus errichtet, was für kontroverse Debatten nicht nur im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Kollaboration, sondern auch wegen der unkritischen Widmungen sorgt, die aus allen Toten unterschiedslos Opfer machen. 2009 beschloss das slowenische Parlament, an den Orten, an denen Mitglieder der Heimwehren während des Zweiten Weltkriegs gefallen sind, und an den Orten der Massenverbrechen der Nachkriegszeit Gedenktafeln mit dem gleichlautenden Text »Für die Opfer von Krieg und Nachkriegsmorden« bzw. »Den Opfern von Krieg und Revolutionsgewalt« anzubringen. Diese unterschiedslose Kennzeichnung der Gedenkorte befeuerte die ebenfalls sehr kontrovers geführte Diskussion um die Klassifizierung, wer als Opfer anzusehen ist. 2008 wurde das Študijski center za narodno spravo (Studienzentrum für nationale Aussöhnung) auf Initiative der slowenischen Regierung gegründet.

1996 wurde ein erstes Gesetz zur Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus erlassen. In diesem Gesetz wurden auch die Fragen der Wiedergutmachung, Rentenzahlungen und Beschädigtenversorgung für politische Häftlinge und deren Hinterbliebene geregelt. 2011 wurde ein eigenes Entschädigungsgesetz beschlossen, das sich sowohl auf die Opfer des Krieges als auch der kommunistischen Verbrechen der Nachkriegszeit bezieht. Darüber hinaus gibt es Regelungen, um enteigneten und verstaatlichten Besitz wieder an die früheren Besitzer zurückzugeben.

Bis heute gibt es keinen eigens bestimmten nationalen Gedenktag für die Opfer der kommunistischen Repression. Allerdings finden an Gedenkstätten Kranzniederlegungen und Gedenkzeremonien statt.

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2